Windenergie im Konflikt:
Auftreten und Ausgang von Bürgerentscheiden zu Windenergie in baden-württembergischen Kommunen

2026

Abstract: Der Ausbau der Windenergie ist zentral für das Gelingen der Energiewende und wird von einer Mehrheit der Bevölkerung grundsätzlich befürwortet. Vor Ort führen konkrete Vorhaben jedoch häufig zu Konflikten. Das Instrument, mit dem Bürger:innen in Baden-Württemberg den unmittelbarsten Einfluss auf den Windenergieausbau nehmen können, ist der Bürgerentscheid nach § 21 GemO BW. Obwohl ihre Zahl zuletzt stark gestiegen ist, fehlte bislang eine systematische Aufarbeitung – insbesondere mit Blick auf ihren Ausgang. An der Stelle setzt diese Arbeit an: Sie erfasst erstmals alle Bürgerentscheide zur Windenergie in Baden-Württemberg seit der Reform der Gemeindeordnung (April 2016 bis Dezember 2025) und untersucht, welche Faktoren mit ihrem Ausgang zusammenhängen.

Folgende **Forschungsfragen** leiten das Vorgehen:

FF1: In welchen rechtlichen Sachverhaltskonstellationen sind Bürgerentscheide im Themenfeld Windenergie möglich und welche Fallgruppen lassen sich ermitteln?

FF2: Wie treten Bürgerentscheide auf und wie verhält sich das Auftreten im zeitlichen Verlauf?

FF3: Welche verschiedenen Akteurskonstellationen treten auf und lassen sich Muster im Ausgang erkennen?

FF4: Welche Themen werden diskutiert und lassen sich Muster im Ausgang erkennen?

FF5: Welche dialogischen Formate werden eingesetzt und lassen sich Muster im Ausgang erkennen?

Methodisch folgt die Arbeit einem vergleichenden qualitativen Fallstudienansatz auf Grundlage einer Dokumentenanalyse. In einer Vollerhebung wurden 36 Bürgerentscheide identifiziert und anhand von 385 Presseartikeln, kommunalen Webseiten und Projektseiten sowie 34 der gesetzlich vorgeschriebenen Informationsbroschüren rekonstruiert. Die Fälle wurden in Steckbriefen aufbereitet, entlang der Merkmale „Auftreten“, „Akteur:innen“, „Themen“ und „Dialog“ kodiert, vergleichend ausgewertet und abschließend zu Falltypen verdichtet.

Insgesamt gingen 18 Fälle pro und 17 contra Windenergie aus; ein Entscheid verfehlte das Quorum. Abgestimmt wurde überwiegend über die Verpachtung kommunaler Flächen. Die ursprüngliche Intention eines Begehrens erweist sich als wenig ausschlaggebend für den Ausgang – zahlreiche Bürgerbegehren gegen die Windenergie endeten mit einem Votum dafür. Entscheidend sind vielmehr die lokale politische Akteurskonstellation, insbesondere ein geschlossen positionierter Gemeinderat, sowie die planerischen Rahmenbedingungen. Eine konkrete Darstellung des finanziellen Nutzens für die Kommune geht häufiger mit einem Pro-Ausgang einher. Beteiligungsformate setzen meist kurzfristig vor dem Entscheid an; ein klarer Einfluss auf den Ausgang zeigt sich nicht. Aus den Ergebnissen ergeben sich drei Falltypen: das konfliktgeprägte Ratsbegehren mit Ausgang contra Windenergie, das Contra-Bürgerbegehren mit Wendung pro Windenergie sowie die Pro-Intention bei hoher kommunaler Steuerungswirkung.

Art der Arbeit: Master-Arbeit

Verfasser: Frederik Enger

E-Mail: engerfrederik@gmail.com